Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 8

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

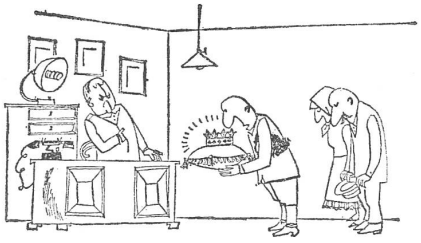
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

schutzmittel u. a.) versorgen (im Rahmen des sogenannten «Kontraktionssystems»). Die Kompetenzen dieser Verwaltungen und Ministerien wurden sogar noch dadurch erweitert, dass man ihretwegen die Planung abgeändert hat. Den Kolchosen wurde angeblich eine grössere Freiheit in der Planung gewährleistet. Jedenfalls erklärte Chruschtschew vor dem Plenum des ZK der KPdSU im März 1962: *«Wir bestimmen im neuen Planungsverfahren nicht mehr, welche und wieviele Kulturen ein Kolchos anbauen soll. Dafür schreiben wir den Kolchosen vor, welche und wieviele Erzeugnisse sie verkaufen sollen.»* («Prawda», 6. 3. 1962.)

Betrachtet man die gesamte reformierte Agrarverwaltung der UdSSR, kann man sogar noch eine vierte landwirtschaftliche Verwaltungslinie entdecken, nämlich diejenige der «Sel'choztechnika». Die Aufgabe dieser Einrichtungen ist es, die landwirtschaftlichen Betriebe mit Maschinen, Ersatzteilen und Mechanikern zu versorgen und darauf zu achten, dass die Maschinen in den Reparaturwerkstätten der «Sel'choztechnika» rechtzeitig repariert werden. Die «Sel'choztechnika» der Bezirke werden



«Der Geburtstag des Kolchos-Vorsitzenden.» («Krokodil», Moskau.)

zentral zusammengefasst in der Unionsvereinigung des Ministerrates der UdSSR für den Verkauf landwirtschaftlicher Maschinen (dem «Sojuz-Sel'choztechnika»).

Die Reform, so betonen die Partei- und Regierungsbeschlüsse ausdrücklich, dürfe aber keine Erweiterung oder Vergrösserung des administrativen Personalstabes nach sich ziehen. Wie dieses Kunststück freilich verwirklicht werden kann, ist den Beschlüssen von Partei und Regierung nicht zu entnehmen. Anderseits scheint es aber völlig unmöglich zu sein, die viergleisige Administration der Landwirtschaft ohne neues Personal zu bewältigen. Der einzige Punkt der Reform, den man als kostensenkend für die Agrarverwaltung ansehen kann, wäre die Verringerung der Anzahl der landwirtschaftlichen Bezirke von 3743 auf 960 (vgl. A. Kaminskij, a.d.O.). Kürzlich aber wurde die Zahl der landwirtschaftlichen Bezirke durch Regierungsbeschluss wieder auf 1500 erhöht, wobei diese Zahl nicht notwendigerweise der Weisheit letzter Schluss sein muss.

Der zweite Hauptpunkt

der Reform von 1962 ist die Zentralisierung der Agrarverwaltung. Aus der bisherigen Darstellung ergibt sich diese Zentralisierung ohnehin zwangsläufig. Zudem sind alle vier Verwaltungslinien zentral organisiert und haben auf Grund des «demokratischen Zentralismus» die Befehle der höheren und höchsten Organe unbedingt auszuführen.

Einfluss der Partei

Der dritte und letzte Hauptpunkt schliesslich betrifft die Erweiterung des Einflusses der Partei sowohl in den landwirtschaftlichen Verwaltungen als auch in den Produktionseinheiten. Die zweite Linie der Agrarverwaltung (die neuen Bezirks-Produktionsverwaltungen) wird mit der Partei am engsten verknüpft. Durch die in jeder Produktionsverwaltung aufgestellten Teams von Inspektoren und Organisatoren, die von den Zentralkomitees der Parteien der Unionsrepubliken delegiert werden, hat sich die Partei eine direkte — und sehr wirksame — Einflussmöglichkeit geschaffen. In diesem Zusammenhang erklärte Chruschtschew auf dem Märzplenum des ZK der KPdSU, dass dadurch gewissermassen die «politischen Abteilungen» der 1958 aufgelösten Maschinen-Traktorenstationen (MTS) wieder ins Leben gerufen würden. Unter Stalin hatten diese «politischen Abteilungen» eine wichtige Rolle bei der Kollektivierung der Landwirtschaft und später bei der Durchführung des Klassenkampfes in den Dörfern gespielt. Sie waren die eigentlichen politischen Führer in den ländlichen Gebieten, die Vertreter und Erfüllungsgehilfen der Partei beziehungsweise des Zentralkomitees.

Diese Parteifunktionäre haben die spezielle Aufgabe, einerseits die Produktion und die Planerfüllung zu kontrollieren, anderseits aber die Einhaltung der politischen und ideologischen Linie in der ländlichen Bevölkerung, vor allem in den Kolchosen und Sowchosen, zu garantieren. Es besteht kein Zweifel, dass diese Inspektoren und Organisatoren gleichzeitig die Leiter der Bezirks-Produktionsverwaltungen sein werden, indem sie das Vertrauen der höheren Parteiorgane geniessen und dem Primat der Ideologie und der Parteipolitik gegenüber den Experten Nachachtung verschaffen.

Durch die Einführung der neuen Organisation der Agrarverwaltung (die einer beinahe totalen Verbürokratisierung gleichkommt), hörte selbstverständlich auch jede noch so geringe Unabhängigkeit der Kolchosen vom Staat und von der Partei auf. Chruschtschew selbst hat dies auf dem Plenum des ZK der KPdSU im März 1962 unumwunden zugegeben: *«Die Beziehungen zwischen Genossenschaft und Staat können nicht auf dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten aufgebaut werden.»* Selbst die relative Unabhängigkeit der Kolchosen von der Partei wurde aufgehoben. Denn bisher gab es immerhin noch eine Reihe von Kolchosen ohne Parteiorganisation, die eine Kontrollfunktion hätte ausüben können. Dieser Zustand ist nunmehr beendet.

Kibbuz und Kolchos

In den Gehirnen zahlloser Menschen geistert die Vorstellung umher, der israelische Kibbuz und der sowjetische Kolchos seien miteinander identisch, und, da der Kibbuz so grosse Leistungen in Israel gezeitigt habe (diese Tatsache hat sich immerhin bereits herumgesprochen), sei ja denn auch der Kolchos gar nicht so von Uebel. Nun ist dem aber bei weitem nicht so. Zwischen den beiden Formen des kollektiven Siedlungswesens besteht eine Reihe von grundlegenden Unterschieden.

Während der Kolchos eine Produktions- und Siedlungsform eines staatlich-planwirtschaftlichen und totalitären Systems ist, hat sich der Kibbuz in Israel völlig ohne staatliche Einmischung entwickelt und ist bis auf den heutigen Tag keiner staatlich-dirigistischen Planung unterworfen. Die Mitglieder eines Kolchos sind gezwungenermassen in diesen Verband eingetreten. Die Mitglieder eines Kibbuz treten dieser Siedlungsgemeinschaft absolut freiwillig bei. Zudem unterliegen die in einem Kibbuz Aufnahme Suchenden einer gewissen Auslese, denn der Kibbuz ist eine elitäre Gemeinschaft von Menschen, die bereit sind, besondere Gefahren, Schwierigkeiten und Aufgaben auf sich zu nehmen, um im Interesse der nationalen Gemeinschaft Land urbar zu machen und zu bebauen. Schliesslich kann jedes Kibbuzmitglied seine Gemeinschaft jederzeit auf eigenen Wunsch verlassen, ohne die von ihm eingebrachten Sachwerte zu verlieren; beim Verlassen des Kibbuz erhält der «Kibbuznik» sogar noch die nötigen finanziellen Mittel für den Start in seinen neuen Lebensabschnitt.

Einem «Kolchosnik» erginge es wohl übel, wollte er eines Tages seinen Kolchos auf eigenen Wunsch verlassen, um sich selbständig zu machen. Eine gewisse Zeit der Verbannung nach Sibirien wäre ihm zumindest sicher.

Sport

Ungarn

Polizeiwettkämpfe

Im Jahre 1962 haben sich an verschiedenen Sportwettkämpfen des ungarischen Innenministeriums über 70 000 Sportler beteiligt. Die Teilnehmer rekrutierten sich aus den «bewaffneten Kräften» des Innenministeriums: Polizei, Ordnungskräfte (d. h. die sogenannten «Arbeiterwachen», bzw. die der Partei unterstellten bewaffneten «Betriebskampfgruppen»), Grenzpolizei und Feuerwehr.

Diese Angaben gehen aus einem Bericht der Budapester Zeitung «Népszava» hervor. Die Sportwettkämpfe sollen im laufenden Jahr wiederholt werden. Die siegreichen Sportler des ungarischen Innenministeriums werden auch an den internationalen Wettkämpfen der Innenministerien und der Sicherheitsorgane der Ostblockländer teilnehmen. Aus der angegebenen grossen Zahl der Sportwettkämpfer (nicht der allgemein Sporttreibenden) kann man gewisse Rückschlüsse auf die Gesamtzahl der ungarischen Ordnungskräfte verschiedener Art ziehen.

In diesem Zusammenhang muss man sich der Tatsache erinnern, dass vor zwei Jahren im ungarischen Staatshaushaltsplan das Budget des Innenministeriums höher war als dasjenige des Verteidigungsministeriums. Dies deutet nicht nur darauf hin, dass die Theorie der kommunistischen Doktrin vom «stufenweisen Absterben» der innern Funktion des Staates in der Praxis unhaltbar ist, sondern lässt auch erkennen, dass das ungarische Regime die Hauptgefahr für seinen Bestand im Lande selbst und nicht im Ausland sieht.

Justiz

Sowjetunion

Dilemma

Die sowjetische Strafjustiz ist in letzter Zeit wiederholt mit dem Artikel 12 des neuen Parteistatuts der KPdSU in Konflikt geraten. Artikel 12 besagt: *«Wenn ein Parteimitglied ein Strafdelikt begeht, wird es aus der Partei ausgeschlossen und gemäss dem Gesetz zur Verantwortung gezogen.»*

Dieser Artikel ist allerdings seit 40 Jahren im Parteistatut enthalten und hat sich in der Praxis zur Immunität der Parteimitglieder entwickelt. Demgegenüber haben verschiedene Aufsätze in juristischen Zeitschriften der Sowjetunion analysiert, dass in diesem Artikel des Parteistatuts der Begriff der Immunität nicht enthalten sei, und haben damit die gerichtliche Praxis widerlegt. Selbst das offizielle Organ des ZK der KPdSU, «Parteileben», hat sich in seiner letzten Ausgabe in die Meinungsverschiedenheit zwischen den Rechtsgelehrten und den Gerichten eingeschaltet und verlautete, dass *«die Gerichte in einer Reihe von Fällen die Parteimitglieder zur Verantwortung ziehen dürfen, bevor sie aus der Partei ausgestossen werden».*

Gleichzeitig kritisiert das Organ des ZK die praktische Einstellung vieler Parteiorgane, die den Gerichten nicht gestatten, ein Strafverfahren gegen ihre Mitglieder einzuleiten, solange sie im Besitz des Parteibuches sind, und es stellt fest: *«Eine solche Einstellung führt dazu, dass, während Parteilose wegen eines Deliktes zur Verantwortung gezogen werden, die Parteimitglieder für dasselbe Delikt nicht vor Gericht gestellt werden, weil man sich auf der Parteilinie mit einer Stellungnahme oder einer anderen Disziplinarstrafe begnügt.»* Allerdings steht die Partei auf dem Standpunkt, sie müsse zu jedem Strafverfahren gegen ein Parteimitglied Stellung nehmen, um gegebenenfalls ihr Mitglied in Schutz nehmen zu können.

Eine Diskussion über diese Frage konnte erst im Zeichen der Liberalisierung der Chruschtschew-Aera geführt werden; noch vor zehn Jahren wäre sie undenkbar gewesen. Trotz gegenseitiger Behauptungen entspricht aber die strafrechtliche Immunität der Parteimitglieder der sowjetischen Gerichtspraxis, solange die besondere Stellung der Partei innerhalb des Staates und der Gesellschaft aufrechterhalten bleibt.

Immerhin scheint in den Köpfen einiger Funktionäre die Erkenntnis zu dämmern, dass die Partei in ihrer heutigen Situation als Massenpartei (im Unterschied zu den zwanziger und dreissiger Jahren) die generelle strafrechtliche Immunität ihrer Mitglieder nicht aufrechterhalten kann, will sie nicht die von ihr selbst geforderte «sozialistische Moral» Lügen strafen.

Bevölkerung

UdSSR

Marschbefehl in die Provinz

Es ist eine bekannte Erscheinung des sowjetischen Alltags, dass die hauptstädtischen Zentren des Landes (vor allem Moskau und Leningrad) an einer extremen Ueberbevölkerung leiden und damit an einer katastrophalen Wohnungsknappheit. Der Strom der Arbeiter und der technischen Intelligenz nach Moskau und Leningrad reisst nicht ab, weil die jungen Leute in erster Linie nicht in der Provinz kulturell und gesellschaftlich verkümmern wollen. Mit zahlreichen Massnahmen hat man bisher versucht, die magnetische Anziehungskraft Moskaus und Leningrads zu schwächen, anscheinend aber vergebens. Man sucht deshalb zurzeit nach neuen administrativen Massnahmen, um mit diesem Problem fertigzuwerden.

Die sowjetische Wirtschaftszeitung «Ekonomitscheskaja Gazeta» berichtete über eine eingehende Diskussion von Wirtschaftsfunktionären über das Problem der Abwanderung und der Fluktuation der Arbeitskräfte, bei der gesetzliche Bestimmungen für die Arbeitspflicht derjenigen Jugendlichen gefordert werden, die auf Staatskosten zu Meistern, Technikern oder Ingenieuren ausgebildet werden. Die Jugendlichen sollen den Ort, an den sie zur Ausbildung abkommandiert worden sind, für eine längere Zeit nicht verlassen dürfen: bei Facharbeitern soll die Frist mindestens drei Jahre, bei Technikern und Ingenieuren fünf bis sieben Jahre betragen. Bei gesetzwidrigem Verlassen des Arbeitsplatzes sollen die Betroffenen die Kosten ihrer Ausbildung dem Staat rückerstatten. Eine solche Lösung würde angeblich das *«Verantwortungsbewusstsein der Jugend gegenüber Staat und Gesellschaft»* stärken.

Mit dieser Massnahme scheint man zwei Fliegen auf einen Schlag treffen zu wollen. Einmal könnte man damit die Industriebetriebe der Provinz und des Neulandes ausreichend mit Facharbeitern und Technikern versorgen, zum anderen wäre es einfacher, die Uebervölkerung der hauptstädtischen Zentren der UdSSR einzudämmen.

Planerfüllung

SBZ

Ziel nicht erreicht

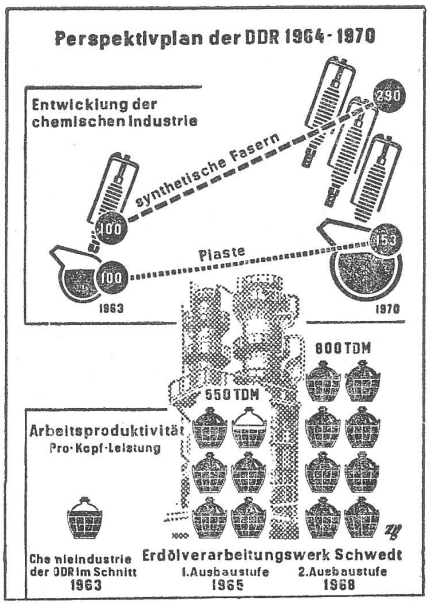
Erstmalig seit April 1961 hat die staatliche Zentralverwaltung für Statistik der deutschen Sowjetzone wieder einen Erfüllungsbericht des Volkswirtschaftsplanes veröffentlicht. Die für das Jahr 1962 angegebene Steigerung der industriellen Bruttoproduktion um 6,1 Prozent gegenüber 1961 bestätigt, dass auch im vergangenen Jahr die im Siebenjahresplan vorgeschriebene jährliche Steigerungsrate von 9 bis 10 Prozent bei weitem nicht erreicht werden konnte.

Die für 1962 bei der Herstellung für Produktionsmitteln ausgewiesene Erhöhung um 6,9 Prozent entspricht ebenfalls nicht den Planaufgaben des ursprünglichen Siebenjahresplanes (sie hätte bei etwa 13,5 Prozent liegen müssen). Aehnlich verhält es sich bei der Produktion von Konsumgütern, die dem Bericht zufolge um 3,3 Prozent gegenüber 1961 angestiegen ist, aber um etwa 8 Prozent unter der vorgeschriebenen Jahreszuwachsrate bleibt.

Als «wichtigstes Ergebnis» in der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes wird eine 8,4prozentige Steigerung der Arbeitsproduktivität hervorgehoben. Der Siebenjahresplan hatte eine jährliche Steigerung von 9 bis 9,5 Prozent vorgeschrieben. Die im Erfüllungsbericht ausgewiesenen Zahlen über den Warenfonds der Bevölkerung sind aufschlussreich für die Versorgungslage der SBZ. Im Gegensatz zu 49 Milliarden Mark, die der Warenfonds des Jahres 1962 laut Volkswirtschaftsplan umfassen sollte, werden lediglich 47,3 Milliarden Mark als tatsächlicher Umsatz bei Nahrungs- und Genussmitteln sowie bei Industriewaren angegeben. Die fehlenden 1,7 Milliarden Mark wurden zulasten der Bevölkerung «eingespart». Der Siebenjahresplan hatte schon für das Jahr 1961 einen Warenfonds für die Bevölkerung von 51 Milliarden Mark vorgeschrieben.

Charakteristisch für den Aussagewert des Erfüllungsberichtes der Zentralverwaltung für Statistik der SBZ für das Jahr 1962 sind die Angaben für Warenumsatz im Aussenhandel. Der Umfang des Aussenhandels wird mit 19,9 Milliarden Valuta-Mark angegeben, was als «eine Erhöhung um 6 Prozent gegenüber dem Vorjahr» bezeichnet wird. Im Volkswirtschaftsplan 1962 war vorgeschrieben worden, den Um-

Zum Problem des Diebstahls in den Vorratslagern veröffentlichte die Moskauer satirische Zeitschrift «Krokodil» diese Karikatur. In der Unterschrift heisst es: «Im Magazin wurde wieder gestohlen». Vor dem «Gesellschaftsgericht» wird ein abgebrannter Landstreicher zur Verantwortung gezogen, während sich die Mitglieder des Gerichts die eigenen Taschen bis zum Rand mit dem Diebesgut gefüllt haben.



satz des Aussenhandels auf 19,4 Milliarden Mark zu erhöhen. Von der 6prozentigen Erhöhung bleiben also nur 0,5 Prozent übrig, wenn man die beiden Zahlen miteinander vergleicht: entweder handelt es sich um einen Rechenfehler oder um eine simple Augenauswischerei.

Presse

Jugoslawien

Gleichschaltung

In einem Interview mit einem Vorstandsmitglied des jugoslawischen Journalistenverbandes erteilte der jugoslawische Staatspräsident, Marschall Tito, der Presse des Landes neue Richtlinien, die, sollten sie realisiert werden, die relative Freizügigkeit der jugoslawischen Presse einschränken und gewissermassen die Gleichschaltung der Presse bedeuten würden.

Tito vertrat nicht nur die Ansicht, dass es vom wirtschaftlichen Standpunkt aus angebracht wäre, eine Reihe kleinerer, unrentabler Zeitungen und Zeitschriften aufzulösen, sondern er setzte sich auch dafür ein, dass die Presse in das Staats- und Gesellschaftswesen integriert werden solle. Unter anderem führte Tito in dem Interview, das im Zentralorgan des ZK der Kommunistischen Partei Jugoslawiens («Bund der Kommunisten Jugoslawiens»), «Borba», veröffentlicht wurde, folgendes aus: *«Die Presse soll unserem sozialistischen Menschen dienen. Sie hat die Aufgabe, den sozialistischen Menschen zu erziehen und unsere sozialistischen zwischenmenschlichen Beziehungen weiter zu entwickeln. Wir möchten eine gelenkte Presse haben... Die Journalisten müssen mehr ideologisch ausgebildet werden und der Journalistenverband sollte die Aufgabe übernehmen, dafür zu sorgen, dass alle Journalisten die nötigen Schulungen absolvieren...»*

«Man findet in unseren Zeitungen, sogar in ‚Borba' und ‚Politika', oft die Bilder so obskurer Leute wie Tschombe und anderer. Warum müssen unsere Menschen ein solches Bild so oft sehen, statt eines Bildes unserer Arbeiterkollektive? Wenn ein Arbeiter sein Bild in der Zeitung sieht, kann ihn dies ermuntern, seine Arbeit noch besser zu machen...»

Tito vertritt weiterhin die Auffassung, die jugoslawische Presse sollte sich intensiver mit Detailproblemen des sozialistischen Aufbaus befassen. Er stellte fest:

«In den Redaktionen unserer Zeitungen sollten mehr Fachleute sitzen, die sich auf bestimmte Fragen und Probleme spezialisieren. In den Berichten der Korrespondenten aus dem Ausland muss ein echtes Bild über ein Land und über dessen soziale Struktur vermittelt werden. Dies interessiert uns, weil unser Land sich immer mehr industrialisiert und weil wir neue ausländische Märkte für den Absatz unserer Produkte brauchen... Ich würde sehr gerne einen Artikel lesen, aus dem hervorgeht, in welchem Ausmass gegenwärtig ausländisches Kapital in den Entwicklungsländern investiert wird...

In unserer Presse muss nicht nur über die negativen Erscheinungen, sondern auch über positive Dinge geschrieben werden... Wir müssen überall die Fehler und Mängel verbessern und uns überall als Kommunisten zeigen. Ich muss feststellen, dass es in unserer Partei viele Menschen gibt, die keine innere Beziehung zur Partei haben.»

Tito empfiehlt den Journalisten, sich vertrauensvoll in allen Fragen an die Behörden und an die Partei zu wenden, um von dort die nötigen Informationen zu bekommen.

Im Zeichen der Aussöhnung mit Moskau und der Differenzierung zu Peking, sucht Tito augenscheinlich die Unterstützung der Presse. Bei derselben Gelegenheit dürfte es ihm ein willkommener Anlass sein, die Presse mehr als bisher seinem Regime dienlich zu machen. Die nächste Zukunft wird es erweisen, ob die Presse seinen Wünschen und Vorstellungen willfahren wird.

Wirtschaft

Polen

Problematische Planerfüllung

Der amtliche Bericht über die Planerfüllung Polens ist nicht zur Aufklärung, sondern zur Verschleierung verfasst worden. Das zeigt bereits ein Vergleich des Umfanges von Planankündigung und Rechenschaftsbericht.

Das polnische Amtsblatt «Monitor Polski» veröffentlichte am 30. 12. 1961 den Volkswirtschaftsplan für 1962 und führte für die Industrieproduktion 216 Positionen mit Mengenangaben und Zuwachsraten auf. Der Bericht über die Planerfüllung auf dem gleichen Gebiet («Monitor Polski», 31. 12. 1962) enthält nur 16 Positionen. Die vielen, sehr allgemein gehaltenen Hinweise des Berichtes auf unerreichte Ziele sowie die zahlreichen Erklärungen und Pressemeldungen über die Planrückstände des Jahres 1962 lassen vermuten, dass die Planerfüllung viel schlechter ausfiel, als aus diesem Bericht ersichtlich ist: drei Seiten gegenüber dem Plan von 26 Seiten Umfang.

Ein Beispiel dafür findet sich bei den spanabhebenden Maschinen, von denen gemäss Plan 23 410 Stück im Gewicht von 38 150 Tonnen erzeugt werden sollten. Im Bericht werden nur 47 100 Tonnen angegeben, was gewichtsmässig eine Uebererfüllung bedeutet. Mit Rücksicht auf die vielen Kritiken wegen des Uebergewichts polnischer Werkzeugmaschinen scheint sich jedoch in der Stückzahl ein gewisser Rückstand ergeben zu haben.

Aus dem Bericht geht überhaupt nicht hervor, dass die Entwicklung der polnischen Volkswirtschaft im Jahre 1962 gegenüber dem Vorjahr eine rückläufige Tendenz aufweist. Die Planerfüllung in der Industrieproduktion ging von 102,7 Prozent (1961) auf 100,5 Prozent und der Zuwachs der Gesamtproduktion von 10,5 Prozent auf 8,7 Prozent zurück. Ebenso fehlt jeder Hinweis auf die Erfüllung der Planziele bezüglich der Senkung der Produktionskosten. Immerhin hat Parteisekretär Gomulka am 26. 11. 1962 mitgeteilt, dass im Fünfjahresplan (1961—1965) eine jährliche Senkung der Selbstkosten um 1,7 Prozent vorgeschrieben sei. In Wirklichkeit wurden aber diese Kosten 1961 nur um 1,2 Prozent und 1962 sogar nur um 0,5 Prozent vermindert.

Der für die polnische Wirtschaft wichtige Aussenhandel wurde ebenfalls nur allgemein und ohne besondere Angaben behandelt. Gemäss Plan sollte der Export im Jahre 1962 wenigstens 6,48 Milliarden Devisenzloty und gegenüber 1961 einen Zuwachs von 3,6 Prozent aufweisen. Damit sollte die bisher ungünstige Zahlungsbilanz besonders im Westhandel verbessert werden. Wie aus dem Bericht zu ersehen ist, hat aber der Export anstatt um 8,5 Prozent nur um 8,3 Prozent zugenommen, während der Import statt der vorgesehenen 3,6 Prozent eine Steigerung um 9,2 Prozent erfuhr. Es handelt sich also um eine negative Erscheinung, die dazu noch als Planübererfüllung ausgegeben wird.

Bei der Ausfuhr von Maschinen wird auf eine Nichterfüllung des Planes hingewiesen. Es handelt sich in Wirklichkeit um mehr als einen blossen Planrückstand. Nach den Vorschriften des Fünfjahresplanes sollten nämlich die Maschinenexporte gesteigert, die Maschinenimporte aber gekürzt werden. Die Regierung war jedoch gezwungen, den Anteil der Maschinen an der Gesamtausfuhr von 34 Prozent auf 30 Prozent herabzusetzen, den Anteil der Maschinen an der Gesamteinfuhr dagegen von 29 Prozent auf 33 Prozent zu erhöhen.

Das Nationaleinkommen konnte den geplanten Zuwachs von 6,1 Prozent nicht erreichen und wurde nur um 2,4 Prozent gesteigert. Auch die Steigerung der Konsumgütermenge blieb mit 1 Prozent hinter dem Plan zurück. Der Beschäftigungsgrad stieg dafür um 3,7 Prozent gegenüber 1961. Der Brutto-Lohnfonds stieg um 7,2 Prozent, die Lebenshaltungskosten erhöhten sich um 3,3 Prozent. Im Hinblick auf die Zunahme der Beschäftigten war der Reallohn 1962 deshalb kleiner als im Vorjahr, wie auch das Einkommen der Bauern niedriger ausfiel.

Die Agrarkrise widerspiegelt sich überhaupt im Rechenschaftsbericht. Die landwirtschaftliche Produktion dürfte um 7,8 Prozent geringer sein als 1961 und um 8,6 Prozent geringer als im Plan vorgesehen. Die gesamte Saatfläche ist um 80 000 ha zurückgegangen und fällt um 200 000 ha unter das Plansoll. Der Getreideanbau schrumpfte um 265 000 ha ein. Der Rückgang der Saatfläche betrug bei den Kartoffeln 91 000 ha, bei Industriepflanzen 105 000 ha. Dafür büsste die Tierproduktion nur 0,5 Prozent ein, gegenüber den 13,5 Prozent Verminderung der Pflanzenproduktion.